

Bezugsgebühr:

Geschäftshälfte 2 M., so 10 Pf.; auch
die Post 2 M.

Die "Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich. Wiederum: die Besitzer in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Vertragung durch einen Sohn oder Stammkundin erfolgt, erhalten das Recht an Werbung. Sie nicht auf Seite oder Beirat folgen, in zwei Zeitungen können Werbung und Werbung ausgetauscht.

Das Blatt ist eingetragen. Es kann keine Verhandlung.

Bernsprechen Club:

Mittwoch 11 und Mittwoch 2000.

Telegramm-Zettel:

Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Cotillon- und Saaldekorationen
als: **Wappen, Wimpel, Fahnen** in großer Auswahl.
Luxuscartonagen, Attrappen, Knallbonbons.
21 Am See **Oscar Fischer.** Am See 21

Haupt-Geschäftshälfte:
Marienstr. 38.

Anzeigen-Carif.

Die Einnahme von Aufnahmen erfolgt in der Haupt-Geschäftshälfte nach den Rechnungsabschlüssen im Dreieck bis 10 Minuten vor 1 Uhr. Sonn- und Feiertage nach Marienstraße 38 von 11 bis 12 Uhr. Die 1 halbe Marke gilt für 10 Seiten 20 Pf. Anhängerungen auf der Vorderseite Seite 20 Pf.; die zweite Seite als "Gesetz" oder auf Zeitschriften 10 Pf.

Im Raum nach Sonn- und Feiertagen 1- bis 10 Minuten 20 Pf. Anhängerungen 20-40 bis 60 und 100 Pf. nach besonderem Zuschlag.

Kaufmännische Aufträge nur gegen Sonnabrechung.
Belegblätter werden mit 10 Pf. bezahlt.

Glaswaaren

jeder Art aus den bedeutendsten Glasfabriken des In- und Auslands empfohlen in reichhaltiger Auswahl.

Willh. Kihl & Sohn, Königl. Hoflieferanten,

Neumarkt 12. Fernsprechstelle A. I. 8081.

Vorzuglich für
Gymnastikflügel
mit Ringe
E. Böhme &
roter Gartenschlauch.
C. Löffler, Schlossbauwesen &c. Co.

Corn-Pflaster

zur Beseitigung jeder harten Hautwucherung, als: Hühneraugen, Warzen und Hornhaut an Händen und Füßen.

Carton 30 Pf. Verwandt noch ausserdem mit 10 Pf. Portosatzung.

Kgl. Hofapotheke, Dresden, Georgenthal.

Geradehalter

für Herren, Damen und Kinder. leicht, bequem und außerst wirksam, bei Herren und Kindern die Hosenträger ersetzt, zum Preise von 3-6 Mk. stets vorrätig beim Verfertiger. Bandagist und Orthopäd.

M. H. Wendschuch sen., nur Marienstr. 22 b
im Gartengrundstück. Sonntags geöffnet von 11-12 Uhr.

Nr. 114. Spiegel: Wahlen in Frankreich. Hohenzollern, Reichschaftsbericht, Pastor Niedert. Bananenpräparat. Muthmosl. Witterung: **Sonnabend, 26. April 1902.**

Die Wahlen in Frankreich.

Morgen tritt das französische Volk an die Wahlurne, um die 501 Mandate der Deputiertenkammer neu zu bringen. Es ist die achte Wahlbewegung seit der Einführung der Verfassung von 1875. Ein abschließendes Urteil über den Ausgang des Wahlkampfes wird erst der Tag der Stichwahlen, die auf den 11. Mai ansteuern sind, bringen, da bei der übergroßen Zahl der Kandidaten in vielen Häusern der erste Wahlgang am Sonntag nicht sofort zu einer Entscheidung führen wird. Allein das Seinedepartement, das über 35 Sitze zu verfügen hat, weist dreihundert Kandidaten auf und es bleibt dabei kein unhergewöhnliches Schauspiel, wenn in ein- und demselben Wahlkreis der Sozialismus und der Nationalismus durch mehrere Exemplare vertreten läßt.

Frankreich ist zwar das klassische Land der Ueberzeichnungen und Improvisationen, aber bei den Wahlen kommt das selten zur Erscheinung. Nur die Hauptstadt zeigt sich dabei unerwartet Extravaganzen und verblüffende Effekte vorzubehalten. Indeß vermag Paris, das man sonst wohl mit Recht das Herz Frankreichs nennen mag, auf den Berlin und das Ergebnis des Wahlkampfes keinen entscheidenden Einfluß auszuüben. Die Pariser Wählerschaft erkennt, ganz wie das auch in der Hauptstadt des Deutschen Reiches von jedem der Fall ist, ihren Sturm zumeist darin, die radikalste Opposition zu verkörpern. Diese Opposition wechselt jedoch und daher wandelt sich mit ihr die Pariser Wählerschaft. Während die Berliner Wählermassen seit einem Menschenalter fast nur noch Sozialdemokraten in den Reichstag entsenden, wendet das Volk von Paris je nach dem herrschenden Regiment ihre Gunst denjenigen extremen Elementen zu, die zu den jeweils am Ruder stehenden Parteien im unverhüllten Widerstreit stehen. Zur Zeit Napoleons III. waren das die Republikaner; während der Herrschaft der gemäßigten Republik, unter Thiers und Mac Mahon, wurden die Radikalen bevorzugt. Sodann diese zur Regierung gelangten, ließ sich Paris hauptsächlich durch Vorläufer des Nationalismus revolutionieren. Zur Abwechslung können die Wähler der Hauptstadt freilich auch einmal von dieser Regel eine Ausnahme machen. Dedenfalls darf man nicht mit Sicherheit darauf rechnen, daß morgen wieder die Nationalisten in Paris triumphieren. Tagegen braucht man keine Prophétie abzugeben, um vorauszusehen, daß sich die Provinz für die regierenden Republikaner, für das Kabinett Waldeck-Rousseau, ausspielen wird. Fast immer ist in der dritten französischen Republik das Gesammtergebnis der Wahlen ein reg erstaunliches, doch dem überaus willkommen Auskunfts der offiziellen Wahlmaschinerie. Weiß vielleicht als andenkbar ist in Frankreich das Wählen eine Geheimstätte und mit sehr materiellen Vortheilen oder Nachteilen verbündet. Die lokalen Wahlkreise, die dem beherrschenden Regierungssystem den Vorzug geben, können daraus reden, daß sie von der Regierung durch alte möglichen Vergünstigungen, wie den Bau neuer Eisenbahnlinien, Chausseen &c., belohnt werden, während Wahlkreise mit oppositionellen Vertretern leer ausgehen.

Eine Niederlage des Kabinetts Waldeck-Rousseau und seiner parlamentarischen Gefolgschaft erscheint auch um deswillen ausgeschlossen, weil es den Oppositionsparteien nicht bloss an einer passenden Wahlvarole, sondern auch an großen Bürgern fehlt, welche die Wählermassen fortzuführen verstehen. Aus der ganzen Wahlbewegung zeigt einigermaßen nur die Besiedeltheit des Ministerpräsidenten Waldeck-Rousseau hervor. Für die Wahlcampagne selber hat allerdings auch der herrschende Staatsmann neue große Ideen und Gesichtszüge nicht aufzuweisen vermögt; aber dafür kann er sich doch auf eine außergewöhnlich lange und erfolgreiche Thätigkeit berufen. Durch ein bald dreihundert Regiment, dessen Name in der Geschichte der dritten Republik beispiellos dasteht, hat der gegenwärtige Kabinettchef die bestehende Ordnung gegenüber ihren Feinden zu behaupten und zu bestreiten erfüllt, das bei den jüngsten Wahlen weit weniger noch als früher davon die Rede sein kann, als dandette es sich um einen Kampf für oder gegen die Republik. Die Frage, ob Republik oder Monarchie, läßt sich überhaupt nicht durch den Stimmzettel entscheiden. Nebedies ist die Zahl Deputierten, die offen die herrschende Regierungsworm vertraten, eine verschwindend kleine geworden. Von den Kandidaten, die als Monarchisten Karre benannt haben, werden aller Wahrscheinlichkeit nach nur sehr wenige in die neue Deputiertenkammer einziehen. Bei den Wahlen von 1888 gab es noch 351 Kandidaten, die ausgeborene Monarchisten waren; vor vier Jahren sank die Zahl auf 291 und diesmal ist sie auf wenige Dutzend zusammengeschmolzen. In Folge der Ungläubigkeit aller etwa vorhandenen Vertreter existiert zur Zeit eine offizielle monarchistische Partei nicht; wohl aber finden sich unter den Oppositionsparteien zahlreiche antirepublikanische Elemente, die aus Opportunitätsrücksichten republikanische Wahlen angenommen haben.

Die Heimlichkeit der Antimonarchisten ist eine zu buntfarbige und enthebt zu sehr der Einheit eines Programms und einer überzeugenden Führerpersönlichkeit, als daß sie einen durchdringenden Wählerflock zu erzielen vermöchte. In ihr sind alle nur denselben Schottungen des Republikanismus, des echten wie des unrechten, die verschiedenartigste Programme nationalistischer,

sozialistischer, antisemitischer und clerikaler Tendenz vertragen. Da gibt es Republikaner, die Progrässisten genannt werden, deren einzelne Gruppen sich nur durch die Namen ihrer Führer, Möller, Ribot, Poincaré u. s. w., charakterisieren lassen, von denen Jeder auf eigene Faust und nach seinem Sonderprogramm den Kampf führt. Zu der Opposition zählen ferner die verschiedenen Nationalisten, darunter Sozialdemokraten vom Schlag Roehrl's, Antimilitaristen à la Drumont, republikanisch und antirepublikanische Ultramontane und schließlich auch noch jener äußerste linke Flügel des revolutionären Sozialismus, der die regierungsfähigen Sozialdemokraten, die zu Millerand hörten, mit leidenschaftlicher Rücksicht bekämpft. Vielleicht zeitigt dieser sozialdemokratische Bruderkampf das einzige unmittelbar greifbare Resultat der ganzen Wahlcampagne, den Rücktritt Millerand's von seinem Ministerposten. Der Waldeck-Rousseau'sche Handelsminister hat den machtvollen Sozialismus allzu sehr kompromittiert und verleugnet. Nachdem es der Sozialistenkongreß in Tours mit unwiderstehlicher Entschiedenheit für ungültig erklärt hat, daß ein Mitglied der Sozialdemokratie an einer "bürglerlichen" Regierung teilnimmt, wird Millerand nichts übrig bleiben, als nach den Wahlen zurückzutreten, besonders wenn die Kraftprobe zwischen den beiden Gruppen des Sozialdemokraten zu Gunsten der radikaleren entscheidet, die von dem Millerand'schen Regierungsgespann grundföhlich nichts wissen will.

Dem Kabinett Waldeck-Rousseau könnte die Ausschiffung Millerand's nur mit inneren Festigung gereichen. Die Veräußerung mit dem Sozialismus ist es, die den rechtsextremen Republikanern den Anschluß an das Kabinett unmöglich gemacht hat, und erst wenn die Sozialdemokraten insgesamt in das Lager der Opposition abgeschwenkt sind, ist dem Ministerpräsidenten die Möglichkeit eröffnet, alle echten Republikaner, gemäßigte und radikale, unter seiner Führung zu konzentrieren. Die gemäßigten Republikaner, die bisher unter Ribot, Poincaré und Anderen außerhalb der Regierungsparteien standen, haben die Bundesgenossenschaft mit den übrigen oppositionellen Gruppen nur deshalb vorgezogen, weil sie mit den Sozialdemokraten nicht zusammengehen wollen und diese mit Recht als eine größere Gefahr für den Fortbestand der Republik erachten als die Nationalisten. Ob aber Waldeck-Rousseau's Zukunftsvorprogramm wirklich darin besteht, nach dem Rücktritte Millerand's die republikanische Sammlungspolitik durchzuführen, ist keines eine andere Frage.

Neueste Drahtmeldungen vom 25. April.

(Nachts eingehende Tepeichen befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Reichstag. Präsident Graf Ballhausen stellt den Eingang eines Telegramms mit, in dem der Großherzog von Baden seinen Dank für die Beurlaubung zu seinem Jubiläum in beschränktem Maße ausdrückt. Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung der Seemannsordnung. Abg. Kreise (Reichs-Ber.). Die kleinen Schadereien würden zwar voransichtlich an diesem Berge zuvor zu tragen haben, allein durch dasselbe werde augenblicklich viel Gütes für die Seeleute geschaffen, und diesem Vortheile gegenüber werde der Kabinett sich in diese Schwierigkeiten zu legen haben. Auf jeden Abend aber müsse zwischen dem Schiff herrschen, wenn nicht Schiff und Menschenleben gefährdet werden sollen. Urechte Schiffe in Berg auf Konstitution, Seefestigung und Ladung an Bord den Schiffen anderer Nationen voraus, was im Hinblick auf die bekannten Verleidungen amerikanischer Schadereien besonders in a. Gewicht falle. Angesichts dieses Vorwurfs der deutschen Schadereien müsse es bestätigt werden, wenn hier bei der zweiten Lesung in vier Beurlaubungen gegen unsre Schadereien erhoben worden seien. Wenn dabei das Jahr 1888 mit dem Jahre 1900 verglichen worden ist, so kommt doch in Betracht, daß gerade in das Jahr 1900 das ungewöhnliche Frühschiff in Hoboken fiel. Redner geht auch auf den "Eve"-Untergang ein und legt dar, wie 1881 gebaut. Eben nur 7 Schiffe gehabt habe. Die moderne Technik habe aber eine starke Vermehrung der Schotten-Einrichtungen bei den neuzeitlichen Schiffen bis zu 22 Schotten mit sich gebracht. Das kostet viel Geld, beweise aber wiederum, wie die Schadereien alles Ehrenliche zum Schutz von Menschenleben thun. Dank der fortgeschrittenen Technik ist sie bereits die Einrichtung, daß der Kapitän von seinem Navigationszimmer auf im Augenblick der Gefahr bei Nebel bei Belästigung einer Kolonne mit einem einzigen Druck den Befehl zur Schließung der Schotte geben kann. Die Schließung erfolgt in wenigen Sekunden; so könne großer Gefahr wirklich vorgeudegt werden. Nach einem Streitfall auf die Abnahme der höheren Segelschiffe schafft Redner weiter fest, daß unsere Schadereien einen Theil Redner selbst haben, daß sie einen sohnlosen Betrieb nur haben könnten, wenn sie einen sohnlosen Betrieb hätten, und dadurch, daß der Redner selbst einen Theil des Risikos trägt, hat er auch ein Interesse daran, daß sein Material ein gutes ist, daß an Reparaturen nicht gehabt werde, und daß er somit möglich gute Chancen für die Erhaltung des Schiffes hat. Nach Schema F jedem Schiffe eine beliebige Zielladung zu geben, sei nicht angängig. Im Allgemeinen habe ein Schiffsverlust auch weniger mit dem Umsange der Beladung zu schaffen, als vielmehr mit der Art der Verlastung der Waren. — Abg. Meyer (Sos.) erklärt: Von der Gestaltung der Vorlage in dritter Lesung werde es abhängen, ob seine Fraktion ihr zustimmen oder alle Mittel der Geschäftsbildung anwenden würde, um sie zu Fall zu bringen. — Kontrempf. Schmidt hält gegenüber dem Verteidiger seine Bedeutung aufrecht, daß es hinsichtlich der Seefähigkeit des Schiffes nicht auf das Alter an und für sich ankomme; wollten wir alle Schiffe über 30 Jahre condamnen, so müßten wir ein Drittel unserer sämtlichen Seeschiffe als Brennholz verkaufen. — Abg. Schmäler (sos.) hält den Sozialdemokraten vor, daß das Gesetz schon in der Gestaltung der zweiten Lesung den Schadereien bezüglich Kapitäne in viel-

scher Hinsicht spanische Sticheln anlege. Auf jeden Fall müßte die Disziplin an Bord herrschen. Wo sollte es hinzu kommen, wenn der Untergebene dem Vorgesetzten, der ihm einen Befehl erteilt, den Gehorsam verweigern dürfte, ohne bestraft zu werden? — Abg. Bargmann (Frei. Volks-L.) thut mit, daß keine Brüder den Antrag, betreffend die Koalitionsfreiheit, wieder eingebracht habe. Sollte die Vorlage über die Beischlässe der zweiten Lesung hinaus noch rückwärts revidiert werden, so würden keine Freunde ihre endgültige Zustimmung zum Gesetz sich überlegen müssen. — Abg. Schwarz-Löbel (Sos.) bemerkt freilich gegenüber, die Kosten des Gesetzes würden weniger den kleinen Schadern treffen, als vielmehr die großen Schiffsgeellschaften, und auf diese Rücksicht zu nehmen, habe das Haus keinen Anlaß. — Abg. Kirch (Cent.) findet die Drohung der Sozialdemokraten, mit Ablehnung des ganzen Gesetzes, unverständlich. Lehnen Sie dieses Gesetz ab, was bleibt Ihnen denn da? Die alte Seemannsordnung, und dann die Schiffsschule unter dieser schlechten gestellt sind, als unter dem vorliegenden Gesetz; das ist doch sicher. — Abg. Raab (Met.) meint, in der vorliegenden Fassung sei das Gesetz jedenfalls ein Fortschritt, wenn auch nur ein beschleunigter, und durchaus nicht abgelehnt werden. Wenn Herr Treitlen sagt, daß es noch "schwimmende Särgen" gäbe, so hat das Obersteamt schon in zahlreichen Fällen den Spruch gefällt: das Schiff ist in seefähigem Zustande in See gegangen. — Abg. Stodmann (Reichs.) betont die Notwendigkeit, bei aller Rücksichtnahme auf die Schiffsschule doch auch die Disziplin zu wahren; die sozialdemokratischen Anträge seien aber mit Aufrichterhaltung der Disziplin unvereinbar. — Damit schließt die Generaldebatte. — Die bei § 4, "Seekriegsgericht", in weiter Leitung eingefügte Bestimmung, daß in den Fällen, wo sich das Verfahren gegen einen Schiffsmann richtet, einer der Beifahrer ein Schiffsmann sein soll, wird gegen Sozialdemokraten, Freikirchen und den größten Theil des Centrums wieder geübt. Bei § 32, bezüglich dem Schiffsmann nach Beendigung der Rücksiede, in einem Hafen des Reichsgebietes in seiner Dienstzeit Zeit die Erlaubnis zum Verlassen des Schiffes nicht ohne triftigen Grund verweigert werden darf, werden auf Antrag der Sozialdemokraten die Worte gestrichen: "nach Beendigung der Rücksiede". § 33 handelt von der zu vergütenden Überstudienarbeit. Hierzu wird ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, wonach das Seefahrtnachwuchs verpflichtungsfrei ist. Nach Erledigung der Paragraphen bis einschließlich 41 erfolgt Vertragung. — Morgen: Fortsetzung. — Präsident Graf Ballhausen bemerkt noch, er gebiete auf die Tagesordnung für Montag die Sonntagsdiäten vorlage zu legen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Budgetkommision des Reichstages bereitet gestern und heute die Servistatistikvorlage und nahm einen Antrag Sped mit einer Resolution Hofmann-Dillenburg an. Der Antrag Sped lautet: § 1. Die Beschaffung in § 3 des Gesetzes vom 26. Juli 1897 tritt außer Kraft, die nächste Revision der Klasseneinteilung der Orte erfolgt spätestens mit Wirkung vom 1. April 1902 ab fällt in dem durch das Gesetz vom 26. Juli 1897 festgestellte Servistatistik, die Servistatistik 5 fort. Von diesem Zeitpunkt ab werden die unter die Servistatistik fallenden Ortschaften der Servistatistik 4 eingereicht. § 2 der Vorlage zu streichen, der die zehnjährige Erfahrung ausdrückt. Die Resolution Hofmann-Dillenburg fordert Vorlegung eines besondern Gesetzesentwurfes über die Bewilligung von Wohnungsgeldabdrucken. Endlich wurde beschlossen, die jämmerlich eingegangenen Befürchtungen des verhinderten Regierungen als Material für die nächste Revision des Gesetzes zu überweisen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Zolltariffkommision des Reichstags nahm heute die Position Oele in Kästen nach der Vorlage an, ebenso die Unterabteilung Staaten und Städte. Eine Käufe mit Annahme des wohlrechnenden oder durch seine Umwidmung als Schönheitsmittel sich darstellenden Produkts. Beim Unterabteilung Rader erläutert Staatssekretär v. Thielemann, die Befürchtung einer Änderung der Käufe ist unzulässig. Seine Meinung ist, daß die Kommision der Ansicht ist, die Zollposition zu prüfen, aber über den Zeitpunkt der Beauftragung keinen Beifluss in lassen. Dann wird über Unterabteilung Gerichte beraten. Die Positionen: Branntweine oder Ältere, einschließlich des Bringeres. Wein, Rum, Cognac. Wirkungen von Weingeist mit Aether werden nach der Vorlage angenommen. Der Zoll für Most von Trauben wird von 60 auf 80 Pf. erhöht. — Biererwerbung Dienstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Zu den von der Zolltariffkommision eingeweihten in der Beratung jurisdicenten Positionen hat Abg. Graf Konitz beantragt, Milchzäder mit dem vorherigen Soße der Vorlage, 80 Pf., zu belegen.

Berlin. Der Bundesrat überwies heute den Entwurf von Abänderungen und Regelungen des amtlichen Waarenverzeichnisses zum Zolltarif und den am 5. März 1902 in Brüssel zwischen dem Kaiser und mehreren anderen Staaten abgeschlossenen Vertrag über die Behandlung des Jaders und den Gelbensteinküppel wegen Abänderung des Jadersteinküppels, den zuständigen Auschüttung; zugestimmt wurde der Belegstein wegen Gestaltung eines Hoch- und Tiefstroms betreffend Beihilfe an Kriegsteilnehmern und den Reichstagsbeschlüssen in zweiter Lesung über den Entwurf eines Schauwaarenverzeichnisses.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Abgeordnetenhaus führte heute die dritte Beratung des Staatshaushalts zu Ende und nahm den Etat im Ganzen, sowie das Staatsziel an. Vorher war noch der Antrag des Staates Limburg-Sittard angenommen worden, 10.000 Mark zu Vorarbeiten für die Errichtung einer Eisenbahnhalle in Breslau zu bewilligen. — Montag: Eisenbahnhallenvorlage.

Berlin. (Priv.-Tel.) Anlässlich der Geburtstagsfeier des Königs von Sachsen fand im Sonn-Hotel ein Festakt der ehemaligen Offiziere des 13. Dragoner-Regiments statt, dessen Chef der König von Sachsen ist. — Die Denkschrift zu dem Brüsseler Vertrag. Abkommen und der Entwurf einer Gesetzesentwurf sind dem Bundesrat bereits vorgelegt worden. Die Einbringung der Vorlage im Reichstag ist in einigen Tagen zu erwarten. Der Gesetzesvorwurf enthält noch keine Einzelvorschläge, sondern bekräftigt sich darauf, allgemein diejenigen Bestimmungen zu treffen, durch welche es ermöglicht wird, das

Friedrich & Glückner,
Schuh-, Farben-, Firnißwaren,
Friedrichs-Platz, Dresden-A.

Wintersport, Dienstag, Dienstag.

1898.